

## «Selbstmörderisch für Tourismuskanton»



Das Nein-Komitee sieht in der Initiative äusserst schlechte Werbung für den Kanton Wallis.

Bild: pomona.media

### **Die Walliser Bevölkerung stimmt am 28. November über die Verfassungsinitiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere» ab. Das Nein-Komitee nennt seine Argumente.**

Die Gruppe «WalliserInnen für die Erhaltung der Wildtiere» eröffnete am Dienstagvormittag in Siders den Abstimmungskampf gegen die Verfassungsinitiative, über die das Walliser Stimmvolk Ende November entscheidet. Isabelle Germanier von der Gruppe Wolf Schweiz betonte vor Ort, dass das Management und die Steuerung geschützter Arten und Grossraubtiere nur auf Bundesebene vorgenommen werden können, und dies sei im Sommer 2021 mit der revidierten Jagdverordnung bereits geschehen.

Die Initiative sei daher nicht umsetzbar und damit sinnlos und verschwende bloss Walliser Steuergelder. Zudem würde sie dem Bundesrecht und mehreren internationalen Abkommen widersprechen. Der Titel der Initiative würde der Walliser Bevölkerung vorgaukeln, dass bei einer Annahme der Initiative die Grossraubtiere aus dem Kanton verschwinden würden, was jedoch nicht möglich sei. Es sei nicht möglich, den Wolfsbestand an der Walliser Kantonsgrenze zu regulieren.

Darüber hinaus kritisiert die Gruppe, dass die Initiative ein Angriff auf den Reichtum der Walliser Tierwelt ist. Sie zielt nicht nur auf empfindliche und geschützte Arten wie den Luchs, sondern auch auf andere Arten wie den Uhu oder den Steinadler, die Wahrzeichen der alpinen Fauna sind. Der Grund: Die Initiative grenzt den Begriff Grossraubtier nicht ein.

Seit dem Ende der Eiszeit ist das Wallis der natürliche Lebensraum mehrerer Arten von

Grossraubtieren. Der Wunsch, ohne Raubtiere zu leben, sei daher utopisch, argumentiert die Gruppe weiter. Das Zusammenleben mit ihnen sei jedoch möglich wie auch gefahrlos. Um dies zu erreichen, müsse der Kanton an Lösungen für einen besseren Herdenschutz arbeiten. Aber die Initiative schlage keine Lösung vor.

Grossraubtieren komme in einem intakten Ökosystem eine wichtige Rolle zu, indem sie auf natürliche Weise die Populationen von Hirschen und Rehen regulieren, sodass sich die Bergwälder erneuern können und ihre Schutzfunktion gegen Erdbeben, Steinschlag und Lawinen gewährleistet ist.

Das Nein-Komitee sieht die Initiative auch als überaus schlechte Werbung für das Wallis. Sie schade dem Image des Kantons nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Ausland. «Das ist selbstmörderisch für einen Tourismuskanton!»

Die Initiative enthalte zahlreiche skandalöse formale und verfahrenstechnische Mängel. Aufgrund eines Übersetzungsfehlers sind die französische und die deutsche Fassung der den Unterzeichnern vorgelegten Texte nicht identisch. Ausserdem wurde der ursprüngliche Text der Initiative, der für unzulässig erklärt wurde, nach der Einreichung der Unterschriften geändert.

Die Formulierung «die Förderung des Grossraubtierbestandes ist verboten» sei problematisch. Sie sei unklar und lasse aus rechtlicher Sicht zu viel Spielraum für Interpretationen. Es gebe viele Möglichkeiten, geschützte oder sogar gefährdete Arten wie den Luchs zu fördern. Bemühungen im Herdenschutz sowie bestimmte wissenschaftliche Forschungsprojekte würden mit der Förderung von Grossraubtieren gleichgesetzt und wären daher bedroht.

Die Kampagne wird von Jérémy Savioz von Pro Natura geleitet. Zum Komitee gehören auch Willy Geiger, Pro Natura und ehemaliger BAFU-Mitarbeiter, Isabelle Germanier, Gruppe Wolf Schweiz, Marie-Thérèse Sangra, WWF, Jérôme Fournier, Biologe und Grossratssuppleant der Grünen, Brigitte Wolf, Präsidentin von Fauna VS und Grossrätin der Grünen, Marlyne Andrey-Berclaz, SP Unterwallis, und Anna Zangger, Fondation Franz Weber. (mas)